

TOP 37: Integrationsgesetz des Bundes umsetzen: „3+2 Regelung“ für Ausbildungsverhältnisse muss auch in der Praxis angewendet werden

<http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/48/debatten/37.html>

Drucksachen: 18/4853

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4800/drucksache-18-4853.pdf>

Beginn: Donnerstag, 15. Dezember, 17:20 Uhr (5 Minuten)

Herr Präsident,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

vor einem Monat haben wir im Rahmen der Debatte über die Abschiebeeinrichtung in Boostedt schon über die 3+2 Regelung des Integrationsgesetz gesprochen. Auch wenn wir PIRATEN dem Integrationsgesetz aus den bereits bekannten Gründen ablehnend gegenüber stehen, ist die 3 + 2 Regelung aus unserer Sicht ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, weil grundsätzlich selbst die kleinste Verbesserung zu unterstützen ist.

Aus unserer Sicht ist es daher wichtig, dass diese 3 + 2 Regelung auch Anwendung findet. Und nicht durch Runderlasse des Bundesinnenministers ausgehebelt wird.

Wir PIRATEN sehen trotz dieses kleinen, aber für die Flüchtlinge und Schutzsuchende sehr wichtigen Schrittes, die Abschiebepolitik der Bundesregierung als Verstoß gegen humanitäre Grundsätze.

Gestern wurden die ersten afghanischen Flüchtlinge und Schutzsuchenden zurück in das Bürgerkriegsland Afghanistan abgeschoben.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

das Auswärtige Amt warnt dringend vor Reisen nach Afghanistan¹:

- Am 10. November hab es einen Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Maser-e Scharif;
- Im April wurden bei einem Anschlag auf ein Regierungsgebäude in Kabul 80 Menschen getötet und über 340 Menschen teils schwer verletzt;
- Anfang des Jahres wurden bei einem Anschlag in unmittelbarer Nähe des Flughafens Kabul über 50 Zivilisten verletzt;

Sammelabschiebungen in ein Land, in dem radikalislamische Terroristen einen Bürgerkrieg gegen Regierung und Zivilisten führen und es immer wieder zu Anschlägen und Selbstmordattentaten kommt, ist aus unserer Sicht unvereinbar mit der Achtung der Menschenrechte und auch unvereinbar mit unserem Verständnis des Grundgesetzes.

Dass der christlich-soziale Parteichef Horst Seehofer hofft, „dass es keine einmalige Aktion ist“¹, ist ein Schlag in das Gesicht jedes Christen und der Bürger, die sich in den letzten Monaten in der Flüchtlingshilfe engagiert haben.

Auch die Christdemokraten in unserem Bundesland äußern sich ähnlich. So forderte Daniel Günther, der sich Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten macht, die Wiedereröffnung einer Abschiebehaftanstalt in Schleswig-Holstein³, da das Land Möglichkeiten braucht, um Menschen zur Ausreise zu zwingen.

Abschiebungen nach Afghanistan sind inhuman!

Das Integrationsgesetz ist, trotz der 3 + 2 Regelung aus unserer Sicht der falsche Weg. Leider haben weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen, die diesem Gesetz zugestimmt haben, den Mut, muslimische Flüchtlinge und Schutzsuchende, die vor islamistischen Terroristen und arabischen Despoten fliehen, bei uns eine neue Heimat zu bieten.

Wir fordern die Landesregierung weiterhin auf, sich für die Menschen einzusetzen und einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu führen, um die Fehler der großen Koalition in Berlin, zu korrigieren.

In Anbetracht der Sammelabschiebungen in ein Bürgerkriegsland ist jetzt Ihr Handeln, Ministerpräsident Albig, bei uns und hier gefragt.

Schließen Sie die Lücke, die Sie durch Ihren Verzicht, den Vermittlungsausschuss anzurufen, hier bei uns haben entstehen lassen, damit das Gift, dass die CSU und auch die hiesige CDU verbreitet, nicht wirken kann.

Daher empfehle ich meiner Fraktion dem Antrag, trotz aller grundsätzlichen Kritik, zuzustimmen.

Danke

¹Auswärtiges Amt, Reisewarnung für Afghanistan (Stand: 15. Dezember 2016) <https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/AfghanistanSicherheit.html?nn=332636?nnm=332636>

²Die Obergrenze wird kommen, Spiegel Online, 15. Dezember 2015
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-ueber-fluechtlinge-wir-garantieren-die-obergrenze-a-1125965.html>

³CDU fordert Abschiebehafteinrichtung im Land, NRD, 15. Januar 2015
<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/CDU-fordert-Abschiebehafteinrichtung-im-Land,abschiebung516.html>